

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

SPD

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Deutschland mit voller Breitseite getroffen. Wie viele Arbeitsplätze uns die Rezession noch kosten wird, vermag heute noch keiner zu sagen.

Die Große Koalition hat dennoch schnell gehandelt und klar erkannt, dass die Kommunen die wichtigsten Adressaten sind, wenn es darum geht, Investitionen für die Zukunft des Landes zu tätigen. Mit dem kommunalen Investitionsprogramm, auch Konjunkturpaket II genannt, sind für das Land Schleswig-Holstein zusätzliche Investitionen im Gesamtvolumen von 430 Mio. € geplant. Zwei Drittel dieser Gelder (280 Mio. €) sollen in den Bildungsbereich fließen und stehen für Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Forschung zur Verfügung. Für die Stadt Flensburg, den Kreis Schleswig-Flensburg und seine Gemeinden ist also mit einem zweistelligen Millionenbetrag zu rechnen – eine Menge Geld, mit dem viele sinnvolle Projekte verwirklicht werden können!

Jetzt gilt es, möglichst rasch auf kommunaler Ebene darüber zu beraten, welche Projekte dies für die Stadt Flensburg sowie den Kreis Schleswig-Flensburg und seine Gemeinden sein können, damit eine Kofinanzierung gesichert wird und unsere Region im Wettbewerb mit anderen Regionen um die Fördermittel erfolgreich sein kann.

Diese Sonderausgabe des Infobriefes soll dazu dienen, über die diversen Maßnahmen zu informieren, kritische Punkte zu kommentieren, aber auch die Chancen des Konjunkturpaketes, - insbesondere für den Norden – aufzuzeigen. Um mit allen kommunalpolitisch Aktiven ins Gespräch kommen zu können, findet am 26.02.2009 in Tarp eine Veranstaltung zum Thema statt. Dazu sind alle sehr herzlich eingeladen.

Mit solidarischen Grüßen,
Euer
Wolfgang Wodarg

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.de

Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

Termine

**Veranstaltungsreihe:
Politischer Film im
Flensburger UCI**

Seit März 2008 biete ich in Zusammenarbeit mit dem Flensburger KINOPLEX, jetzt UCI regelmäßig interessante Spielfilme mit politisch brisanten Themen an. Im Anschluss diskutiere ich das Thema mit den Zuschauern. Die Filme beginnen jeweils um 19:30 Uhr. Als Nächstes zeigen wir am 16.03.2009

„Die Todesreiter von Darfur“, ein alarmierender Film über den Genozid an der schwarzafrikanischen Bevölkerung in der südsudanesischen Region Darfur, über Krieg und Gewalt in Zentralafrika aber auch über die Rolle der Medien in der Kriegsberichterstattung.

**Kommunale
Investitionskonferenz zum
Konjunkturpaket II in Tarp**

Unter dem Titel: „Konjunkturpaket II – Eine Chance für Kommunen“ findet am 26.02.2009 um 16:30 Uhr eine Fraktion vor Ort-Veranstaltung **im Haus an der Treene in Tarp** statt. Als Referentin haben wir die schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete im Haushaltsausschuss und stellv. Vorsitzende der AG Kommunalpolitik, Bettina Hagedorn gewinnen können.

**Meinen kritischen Kommentar
zur derzeitigen deutschen
Finanz- und Wirtschaftspolitik
finden Sie auf Seite 6.**

Überblick Konjunkturpaket I und II

Konjunkturpaket I	Kosten in Milliarden Euro (2009/2010)
Investitionsprogramm für mehr und schnellere Investitionen:	
Zusätzliche Mittel fließen in dringliche Verkehrsvorhaben. Konkret: Mehr Investitionen in die Schiene, in besseren Lärmschutz, in Instandhaltung und Ausbau der Bundesfernstraßen und in die Wasserwege.	2,00
Das CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm wird aufgestockt. Mehr Gebäude sollen energieeffizienter werden. Davon profitieren auch der altersgerechte Umbau von Wohnraum und die Sanierung von Schulen, Kindergärten, Sportstätten und sozialer Infrastruktur.	0,20
Die Länder erhalten im Rahmen eines Sonderprogramms 2009 zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ einmalig 200 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Die Länder geben weitere 100 Millionen Euro dazu	0,30
Steuer- und Abgabensenkungen für Bürger, Entlastungen:	
Tatsächlich geleistete Beiträge zur privaten und gesetzlichen Basiskranken- und Pflegepflichtversicherung für Steuerpflichtige, Ehegatten und Kinder werden ab 2010 in vollem Umfang steuerlich berücksichtigt.	7,82
Das Kindergeld wurde für das erste und zweite Kind um 10 auf 164 Euro, für das dritte Kind um 16 Euro auf 170 Euro und ab dem vierten Kind auf 195 Euro monatlich erhöht. Der Kinderfreibetrag steigt von 3.648 Euro auf 3.864 Euro pro Kind. Summe der steuerlichen Freibeträge pro Kind: 6.024 Euro.	4,42
Für Minijobs ermäßigt sich die tarifliche Einkommensteuer um 20 Prozent (höchstens 510 Euro). Für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse oder für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen ermäßigt sie sich um 20 Prozent (höchstens 4.000 Euro).	0,08
Die steuerliche Belastung von reinem Biodiesel in den kommenden Jahren wird um jeweils 3 Cent pro Liter gegenüber der bisherigen gesetzlichen Regelung gesenkt.	0,26
Der Höchstbetrag für Aufwendungen für Handwerksleistungen (Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen), die erstmals in 2009 beglichen und deren zugrunde liegende Leistungen nach dem 31. Dezember 2008 erbracht worden sind, wurde von bisher 600 Euro pro Jahr auf 1.200 Euro verdoppelt. Das heißt: 20 Prozent von maximal 6.000 Euro Arbeitskosten (1.200 Euro) können von der Steuer abgezogen werden.	0,90
Die degressive Abschreibung in Höhe von 25 Prozent und maximal dem 2,5-fachen der linearen AfA wurde für 2009 und 2010 wieder eingeführt.	6,27
Für 2009 und 2010 wurde die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionsabzugsbeträgen und Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) durch Erhöhung der dafür relevanten Betriebs- und Gewinn Grenzen auf 335.000 Euro, 175.000 Euro und 200.000 Euro erweitert.	0,61
Vom 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 sind erstmals zugelassene Pkw für ein Jahr von der Kfz-Steuer befreit. Für Fahrzeuge der Euro-5- oder Euro-6-Norm wird bis zu zwei Jahre lang keine Kfz-Steuer fällig. Die Steuerbefreiung endet spätestens am 31. Dezember 2010. Jeder, der bereits einen Pkw der besonders umweltfreundlichen Euro-5-Norm fährt, erhält ab dem 1. Januar 2009 eine einjährige Befreiung von der Kfz-Steuer. Allerdings muss der Pkw seit dem Tag der Erstzulassung vor dem 5. November 2008 nach dieser Abgasstufe genehmigt sein.	0,57
Für jedes Kind, dessen Eltern von Hartz IV oder Sozialhilfe leben, werden künftig pro Schuljahr 100 Euro zusätzlich gezahlt. Das Geld dient dem Kauf der persönlichen Schulausstattung. Das Schulbedarfspaket wird bis zum Abschluss der 10. Klasse gezahlt.	0,24
Bereits seit dem Beginn der Heizperiode – dem 1. Oktober 2008 – werden die Heizkosten beim Wohngeld berücksichtigt. Dies geschieht zu rund 20 Prozent bei durchschnittlich anrechenbarer Haushaltsgröße, gestaffelt nach Haushaltsgröße. Das durchschnittliche Wohngeld steigt von monatlich 92 Euro auf 142 Euro.	0,12
Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ist zum 1. Januar 2009 strukturell von 3,3 auf 3,0 Prozent gesunken. Temporär wurde der Beitragssatz vom 1. Januar 2009 bis 30. Juni 2010 weiter auf 2,8 Prozent abgesenkt.	7,20
Kredit- und Bürgschaftsprogramm für die Unternehmen und Maßnahmen für den Erhalt von Arbeitsplätzen:	
Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wird ihr Kreditangebot ausbauen. Die Haftungsrisiken der Hausbank, die den Kredit gewährt, können bis zu 80 Prozent übernommen werden.	0,12
Gesamtvolumen	31,11

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.dePer E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

Konjunkturpaket II	Kosten in Milliarden Euro (2009/2010)
Investitionsprogramm für mehr und schnellere Investitionen:	
Für Kitas, Schulen, Straßen und Krankenhäuser stellt der Bund Mittel zur Verfügung. 4 Milliarden Euro fließen in Bundesinvestitionen wie z. B. Autobahnen, aber auch in die energetische Gebäudesanierung, 10 Milliarden in ein kommunales Investitionsprogramm. Die Länder geben weitere 3,3 Milliarden dazu.	17,33
Für Förderungen und Kredite für zukunftsträchtige Fahrzeugantriebe mit Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie sind in den nächsten zwei Jahren 500 Millionen Euro vorgesehen.	0,50
Mittelständischen Unternehmen stellt der Bund in diesem und im kommenden Jahr jeweils 450 Millionen Euro für Forschungsvorhaben zur Verfügung.	0,90
Zur Ankurbelung des Neuwagenverkaufs erhält jeder, der einen mindestens neun Jahre alten Pkw verschrotet und einen Neuwagen oder einen Jahreswagen kauft, eine Umweltprämie in Höhe von 2.500 Euro.	1,50
Steuer- und Abgabensenkungen sowie weitere Entlastungen für die Bürger:	
Rückwirkend zum 1. Januar 2009 werden der Grundfreibetrag um 170 Euro auf 7.834 Euro und die übrigen Tarifeckwerte um 400 Euro angehoben sowie der Eingangsteuersatz von 15 auf 14 Prozent gesenkt. Ab dem 1. Januar 2010 werden der Grundfreibetrag erneut um 170 Euro auf dann 8.004 Euro und die übrigen Tarifeckwerte um 330 Euro angehoben.	8,94
Alle Kindergeldberechtigten erhalten für das Jahr 2009 eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro je Kind (Kinderbonus).	1,58
Der paritätisch finanzierte Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird zum 1. Juli 2009 um 0,6 Beitragssatzpunkte gesenkt. Zum Ausgleich steigt der bislang vorgesehene Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung.	9,50
Erhöhung der Regelsätze für Kinder in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Sozialhilfe durch Einführung einer dritten Altersstufe für 6- bis 13-Jährige in Höhe von 70 Prozent der maßgebenden Regelleistung (davor 60 Prozent) zum 1. Juli 2009.	0,51
Die Kraftfahrzeugsteuer wird zum 1. Juli 2009 neu geregelt. Unter anderem wird sich die Steuer am CO ₂ -Ausstoß orientieren: Besonders umweltschonende Pkw werden begünstigt.	0,26
Kredit- und Bürgschaftsprogramm für die Unternehmen und Maßnahmen für den Erhalt von Arbeitsplätzen:	
Solide große und mittelständische Firmen, die allein wegen der Finanzkrise von den Banken keinen Kredit mehr erhalten, können ab sofort staatliche Bürgschaften in Anspruch nehmen. Das Volumen der Gewährleistungen darf bis zum 31. Dezember 2010 einen Umfang von bis zu 100 Milliarden Euro annehmen.	3,00
Um passgenaue Lösungen für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer zu ermöglichen, werden für Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zusätzliche Mittel bereitgestellt.	1,97
Für die Wiedereinstellung von Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern werden in den Jahren 2009 und 2010 Zuschüsse zur Qualifizierung aus dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt.	0,40
Bei der Kurzarbeit werden den Arbeitgebern in den Jahren 2009 und 2010 die Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit hälftig und für Zeiten der Qualifizierung voll erstattet. Voraussetzungen für Kurzarbeitergeld werden erleichtert und Verfahren vereinfacht.	2,30
Der Anwendungsbereich des Programms der Bundesagentur für Arbeit zur „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen (WeGebAU)“ wird erweitert.	0,40
Zusätzliche Stellen bei der BA für die Vermittlung und Leistungsgewährung.	0,80
Gesamtvolumen	49,89

(Quelle: Bundesfinanzministerium)

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.dePer E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

Das Konjunkturpaket II – Was bringt es für den Einzelnen?

Am Freitag, dem 13.02.2009 war es soweit: der viel diskutierte „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“, besser bekannt als Konjunkturpaket II wurde im Plenum des Deutschen Bundestages beraten und verabschiedet. Zusammen mit den bereits beschlossenen Maßnahmen setzt der Pakt insgesamt über 80 Milliarden Euro zielgerichtet für die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise und die umfassende Modernisierung des Landes ein. Insbesondere die Kommunen sind Hauptadressaten des Pakets. Aber auch der einzelne Bürger profitiert vom Konjunkturpaket II. Wie, das zeigen die folgenden Erläuterungen der wichtigsten Maßnahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität:

Investitionen

Kernstück ist ein öffentliches Investitionsprogramm im Volumen von rund 17,3 Milliarden Euro. Davon sind 4 Milliarden Euro für zusätzliche Bundesinvestitionen vorgesehen. Mit 10 Milliarden Euro unterstützt der Bund zusätzliche Investitionen der Kommunen und der Länder. Das Geld fließt in die Sanierung und Förderungen von Kindergärten, Schulinfrastruktur und Hochschulen sowie Forschungsinvestitionen an Hochschulen und Außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Auf den Investitionsschwerpunkt Bildung werden 65 Prozent der Finanzhilfen des Bundes, also 6,5 Milliarden Euro, entfallen. Mit diesen Schwerpunkten wird nachhaltig in die Verbesserung einer zukunftsfähigen Infrastruktur investiert. Aber auch in die Sanierung von Verkehrswegen und anderen öffentlichen Gebäuden soll damit finanziert werden. Der Bund zahlt zehn Milliarden Euro für kommunale Investitionen und vier Milliarden Euro für direkte Investitionen. Die Länder sollen 3,3 Milliarden Euro beisteuern. Hinzu treten das Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage (1,5 Milliarden Euro), das zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (900 Millionen Euro) und die Förderung der Forschung im Bereich Mobilität (500 Millionen Euro).

Damit Investitionen rasch greifen, wird das Vergaberecht für Aufträge gelockert.

Steuern

Ab 1. Januar 2009 gilt rückwirkend: Der Einkommenssteuersatz sinkt von 15 auf 14 Prozent. Der steuerfreie Grundfreibetrag wird um 170 Euro auf 7834 Euro angehoben. "Als Einstieg in einen Abbau der kalten Progression werden die übrigen Tarifeckwerte (...) um 400 Euro nach rechts verschoben", heißt es weiter. Zusätzlich soll ab 2010 der Grundfreibetrag auf 8004 Euro steigen, die Tarifeckwerke rücken dann weitere 330 Euro nach rechts. Insgesamt entlastet der Staat die Bürger dadurch nach den Berechnungen der Koalition 2009 um 2,9 Milliarden Euro und im folgenden Jahr um 6,05 Milliarden Euro. Diese im

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.de

Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

Quelle: BMF

Maßnahmenpaket vorgesehenen steuerrechtlichen Regelungen zur Entlastung von Privathaushalten und Mittelstand sind - mit Ausnahme des Kinderbonus - auf Dauer angelegt, sie fördern somit nachhaltig die Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Wirtschaft und stärken infolgedessen anhaltend die Binnennachfrage.

Abgaben

Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt zum 1. Juli 2009 von 15,5 auf 14,9 Prozent - paritätisch für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Sie werden dadurch zusammen bis Ende 2010 um neun Milliarden Euro entlastet. In gleicher Höhe steigt der Steuerzuschuss des Bundes an die Krankenkassen.

Familien

Für jedes Kind wird allen Kindergeldberechtigten für das Jahr 2009 ein einmaliger Bonus von 100 Euro (Kinderbonus) gezahlt, der beim Bezug von Sozialleistungen nicht als Einkommen angerechnet wird. Außerdem bekommen Hartz-IV-Empfänger ab Juli je Kind von 6 bis 13 Jahren rund 35 Euro mehr im Monat. Von diesen Leistungen profitieren insbesondere Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie Bezieher von Sozialleistungen, die einen großen Teil ihres Einkommens für Konsumzwecke aufwenden müssen.

Automobilindustrie

Zur Unterstützung der Autoindustrie hat sich die Koalition auf eine Umweltprämie geeinigt. Wer einen Neuwagen kauft und dafür ein mindestens neun Jahre altes Fahrzeug verschrottet, das mindestens ein Jahr auf den aktuellen Besitzer zugelassen war, erhält 2500 Euro. Die Prämie gilt für Zulassungen bis Ende 2009. Dafür veranschlagt der Bund Kosten von 1,5 Milliarden Euro. Die Unternehmensberatung PWC erwartet dadurch etwa 300.000 zusätzlich verkaufte Autos. Die Kfz-Steuer soll zum 1. Juli 2009 vom Hubraum auf den Schadstoffausstoß umgestellt werden. Für die Entwicklung umweltfreundlicher Motoren ist eine verstärkte Förderung vorgesehen. Der Gesetzentwurf sieht für Neufahrzeuge mit Erstzulassung ab dem 1. Juli 2009 folgende Eckpunkte vor:

- CO₂-Freibetrag, das heißt eine Basismenge von CO₂-Ausstoß bleibt steuerfrei:
bis 2011: 120 Gramm/Kilometer,
2012 und 2013: 110 Gramm/Kilometer,
ab 2014: 95 Gramm/Kilometer.
- Linearer, an der CO₂-Emission orientierter Tarif mit einem Steuersatz von zwei Euro je Gramm/Kilometer.

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.de

Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

- Steuer-Sockelbetrag je angefangene 100 cm³: zwei Euro bei Benzinern, 9,50 Euro bei Dieselfahrzeugen.
- Diesel-Pkw mit Euro-6-Norm erhalten in den Jahren 2011 bis 2013 eine Kfz-Steuerbefreiung von 150 Euro.
- Steuervergleich für Pkw mit Neuzulassung ab dem 5. November 2008 bis 30. Juni 2009 (Beschluss der Bundesregierung über das Maßnahmenpaket "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung"), die befristet steuerfrei fahren: Nach Ablauf der Steuerfreistellung wird verglichen, welche Kfz-Steuerregelung günstiger ist.

Ansonsten werden Fahrzeuge mit Erstzulassung bis zum 30. Juni 2009 grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2012 weiter nach dem derzeit geltenden Kfz-Steuerrecht besteuert. Sie sollen ab 2013 in die Neuregelung einbezogen werden. Einzelheiten dazu werden zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.

Export, Mittelstand und Breitbandtechnologie

Generell wird für die Exportwirtschaft die Erweiterung der Möglichkeiten zur bundesgedeckten Exportfinanzierung geprüft. Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) wird um 450 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Die Förderung wird bundesweit auf Firmen mit bis zu tausend Beschäftigten ausgedehnt. Der Ausbau der Breitbandverkabelung für das Internet wird beschleunigt. Bis Ende 2010 sollen alle bislang nicht versorgten Gebiete über leistungsfähige Breitbandanschlüsse verfügen.

Rettungsschirm für Unternehmen

Zur Absicherung von Krediten an Großunternehmen wird der Bürgschaftsrahmen des Bundeswirtschaftsministeriums für Inlandsdarlehen von bisher 25 auf 100 Milliarden Euro aufgestockt. Eine direkte Staatsbeteiligung an Firmen ist nicht vorgesehen. Die Bedingungen des Sonderprogramms bei der staatlichen Förderbank KfW werden flexibler.

Kurzarbeit und Beschäftigung

Um Entlassungen zu vermeiden, soll die Einführung von Kurzarbeit für alle Unternehmen und Beschäftigten durch Erleichterung der Voraussetzungen und Vereinfachung der Antragsstellung attraktiver und unbürokratischer ausgestaltet werden. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) erstattet den Arbeitgebern in den Jahren 2009 und 2010 die Hälfte der auf Kurzarbeit entfallenden Sozialbeiträge.

Für Zeiten der Qualifizierung können auf Antrag die vollen Sozialbeiträge erstattet werden. Auf die BA kommen allein dadurch nach Berechnungen des

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.de

Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

Bundes Mehrausgaben in 2009 und 2010 in Höhe von 2,1 Milliarden Euro zu. Finanziert wird dies aus den Milliarden-Rücklagen der Behörde. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung, der bis Mitte 2010 bei 2,8 Prozent liegt, wird mindestens bis Ende 2010 auf dieser Höhe stabilisiert. Dazu wird eine "Ausgleichsverpflichtung des Bundeshaushalts" festgelegt. Dies bedeutet, dass der Bund in jedem Fall mit einem Darlehen einspringen muss, wenn der BA das Geld ausgeht und der Beitragssatz eigentlich steigen müsste. Die Koalition hat dafür 2010 ein Darlehen von einer Milliarde Euro eingeplant. Außerdem übernimmt die Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2009 und 2010 bei neu geförderten Umschulungen zu Alten- und Krankenpflegern die vollständige Finanzierung. Die Förderung der beruflichen Weiterbildung beschäftigter Arbeitnehmer, die bisher auf von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer, Arbeitnehmer ohne Berufsabschluss und ältere Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen begrenzt war, wird auf alle Arbeitnehmer erweitert, deren Berufsausbildung und letzte Weiterbildung schon längere Zeit zurückliegt. Damit wird auch der Anwendungsbereich des Sonderprogramms „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen" (WeGebAU) der Bundesagentur für Arbeit erweitert. Für die Wiedereinstellung von Arbeitnehmern in der Leiharbeit werden darüber hinaus Zuschüsse zur Qualifizierung in den Jahren 2009 und 2010 bereitgestellt.

Schuldengrenze und Tilgungsfond

Zur Begrenzung der Staatsverschuldung haben Union und SPD die Schaffung einer wirksameren Schuldenbremse im Grundgesetz vereinbart. Gesamtstaatlich sollen nur noch neue Schulden von bis zu 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erlaubt sein. Das wären derzeit etwa 12,5 Milliarden Euro. Die Schulden für Investitionen sollen mit einem Tilgungsfonds abgezahlt werden.

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.de

Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

Kritischer Kommentar zur derzeitigen deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die Konjunktur befindet sich im Abschwung. Arbeitsplätze und wirtschaftliche Strukturen, die Existenzgrundlage unserer Gesellschaft, sind bedroht. Staatliches Gegensteuern und Schadensbegrenzung sind möglich und sind dringend erforderlich. Hier einige kritische Gedanken zum derzeitigen Vorgehen unserer Regierung und zu möglichen Alternativen:

Als wir im Bundestag das Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Eiltempo verabschiedeten, habe ich mit vielen Fraktionskollegen gemeinsam unseren Finanzminister bedrängt, der Zusage von staatlicher Hilfsbereitschaft in Höhe von 500 Milliarden umgehend strenge Regeln für den Finanzmarkt folgen zu lassen, um eine Wiederholung der Krise zu vermeiden. Das wurde uns zugesagt und wir warten noch immer darauf. Es war uns klar, dass wir denen, die uns durch ihre Habgier in das Desaster hineingeritten und jenen, die diesem Tun als zuständige Fachpolitiker viel zu lange zugeschaut hatten, nicht trauen konnten und dass wir strenge, transparente Regeln brauchen um das Geschehen auf den Finanzmärkten zu zügeln. Wir müssen hartnäckig auf Erfüllung unserer Bedingungen zur Zustimmung pochen und dürfen weiteren waghalsigen Manövern zu Lasten der Steuerzahler und ohne solide Absicherung nicht zustimmen.

Jetzt sollen durch das Konjunkturpaket II neue Investitionen angereizt und einem weiteren Abschwung gegengesteuert werden. Vielen der durch dieses Programm geförderten Maßnahmen stimme ich zu, weil sie einen Mehrwert erzeugen. Sowohl die Investitionen in die Bildung (auch wenn diese leider wieder nur in Stein und Beton und immer noch nicht in die Köpfe gehen sollen) und die Förderung öffentlicher Infrastruktur, hier vor allem die energetische Gebäudesanierung, sind von langfristigem Nutzen und sparen später auch Kosten wieder ein. Eine solche Einsparung sollte eigentlich für alle Maßnahmen Pflicht sein.

Mir fehlen vor allen Dingen die grundsätzlichen Kriterien, was dieses Paket bewirken soll und wie. Meines Erachtens sollen die Konjunktur gestärkt, Arbeitsplätze gesichert und Kettenreaktionen, die ganze Branchen mitreißen, verhindert werden. Es geht darum die Wirtschaft zu retten. Allerdings dürfen wir nicht den Fehler begehen und nun diejenigen mit Geld belohnen, die an der Krise mit Schuld tragen, ansonsten verzögern wir den Zusammenbruch nur.

Die Bundesregierung, allen voran der Bundeswirtschaftsminister, lässt keine Möglichkeit aus, den Finanz- und Energieriesen oder auch der Automobilindustrie zu helfen und sie durch Gesetze zu unterstützen. Ein schönes Beispiel ist der Fall der Allianz-Versicherung. Die unternehmerische Fehlentscheidung der Allianz, ins Bank-Geschäft einzusteigen, wird mit

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.de

Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

Bürgschaften der Steuerzahler von über 18 Mrd. Euro korrigiert. Und das, obwohl die Allianz hervorragend da steht und die Dresdner Bank keine Ankerbank ist. Marktwirtschaftlich hätte sich die Commerzbank die Dresdner Bank nicht leisten können. Doch die Fusion scheint politisch gewollt. Deswegen wurde wohl auch nicht versucht, die Allianz als Alteigentümer für Abschreibungen bei der Dresdner Bank haftbar zu machen.

Daneben sind es vor allen Dingen die Automobilhersteller, die mit einer Abwrackprämie, einem Forschungsprogramm für nachhaltige Mobilität, Infrastrukturmaßnahmen und einer Steuerbefreiung für neue Kfz durch das Konjunkturprogramm bedacht werden. Dies verstößt gegen sämtliche Regeln der Marktwirtschaft.

Die Automobilhersteller haben trotz aller Warnungen und Selbstverpflichtungen jahrelang Umweltschutz bekämpft, die notwendige Überwindung des Verbrennungsmotors negiert und einfach so weiter gemacht wie immer. Kleinste Effizienzverbesserungen sind durch Komfort- und Sicherheitsneuerungen aufgezehrt worden. Größer und schneller war die Devise. Weil es aber -nicht erst seit Al Gore- allen klar ist, dass Spritpreise auch in Zukunft steigen werden, will die Kundschaft keine Autos mehr, die zehn Liter Sprit schlucken. Darüber kann auch keine taktische und deshalb vorübergehende Spritpreissenkung hinwegtäuschen. Deshalb blieben die Neuwagen in den Lagern. Deshalb brauchen wir dringend neue Konzepte für Mobilität.

Die aktuellen Alarmmeldungen der Klimaforscher verstärken den Handlungsdruck auch auf diesem Sektor, der bisher etwa 30% des Verbrauchs an fossilen Brennstoffen verursacht. Es ist unausweichlich, dass wir die Elektrifizierung des Individualverkehrs, aber -noch dringender- des öffentlichen Personennahverkehrs dringend vorantreiben müssen. Jetzt haben wir die Chance: Eine konsequente Verkehrspolitik in diese Richtung wäre ein Jobmotor ohne gleichen und könnte mit der Entwicklung und Umsetzung exportfähiger Lösungen nachhaltig für eine Stabilisierung von Wirtschaft und Umwelt beitragen. Die Menschen sind enttäuscht von unserer ängstlichen, sich mit Flickschusterei begnügenden Politik und wären sicher bereit, auch durch ihre Stimme bei Wahlen solche Hoffnungen zu teilen und sie in reale Politik umsetzen zu lassen.

Wegen der bisherigen Fehlkalkulationen der Automobilindustrie soll nun der Staat retten - und zwar mit Steuergeldern. Wo kommen wir denn da hin, wenn der Staat sich die ganze Zeit aus den Geschäften heraushalten soll, möglichst keine Steuern erheben soll, aber sobald es den Unternehmen schlechter geht, in die Bresche springen und deren Gewinne sichern soll?

Zudem ist die zögerliche Innovationspolitik von Wirtschaft und Bundesregierung für mich nicht hinnehmbar, besonders aus umweltpolitischer Sicht. Unsere Wirtschaftsweise mit Wachstumszwang, casinomäßigen

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.de

Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

Gewinnerwartungen und einem unverzeihlichen Umweltverbrauch hat uns doch gerade in die finanzielle und klimatische Krise geführt. Wie können wir jetzt erwarten, dass uns ein Konjunkturprogramm, welches genau diese Wirtschaftsweise unterfüttert, aus der Krise hilft? Das Konjunkturprogramm ist deswegen trotz einiger vernünftiger Anteile meines Erachtens zu kurzfristig angelegt und ein Trostpflaster für ein gefährliches "weiter so!"

Doch für dieses Programm machen wir Schulden. Wie die neuen Schulden zurückgezahlt werden sollen, ist noch keineswegs klar. Dass sie zurückgezahlt werden müssen dafür umso mehr! Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, sowohl zwischen den Generationen, als auch innerhalb unserer Gesellschaft. Wenn wir die Schulden nicht zurückzahlen, bürden wir die komplette Last den nachfolgenden Generationen auf, die ohnehin eine unglaubliche Schuldenlast drücken wird.

Innerhalb der Gesellschaft wird auch die Schere zwischen Arm und Reich größer. Die kleinen Leute haben kein Geld, welches sie anlegen können und profitieren auch nicht von Steuererleichterungen, weil sie nämlich keine Steuern zahlen. Aber sie machen rund 50% der deutschen Bevölkerung aus und werden in den Konjunkturpaketen -im Vergleich mit den Bankern- nur mit Groschen abgespeist. Und gerade diese Bürger würden zusätzliche Einnahmen zu 100% wieder in die Wirtschaft fließen lassen.

Die Idee, im Rahmen der Föderalismusreform eine Schuldenbegrenzungsklausel grundgesetzlich festzulegen, erscheint schon fast zynisch. Was soll die Fesselung des Handlungsspielraums für nachfolgende Politikergenerationen? Bilden sich die Vertreter dieses Vorschlages ein, klüger als ihre Nachfolger zu sein? Angesichts der Krise, die diese Politiker mit verursacht haben, muss man hinzufügen: Mit welcher Berechtigung wollen sie das tun?

Es gibt bereits Regelungen für die Aufnahme von Krediten, gegen die aber ständig verstoßen wird. Warum sollte dies bei einem neuen Artikel nicht genauso sein? Wir brauchen deshalb viel dringender national und international bindende Regeln für den Finanzmarkt, eine hohe Transparenz der Geldströme und eine wirksame, mit klaren Kompetenzen und Ahndungsmöglichkeiten ausgestattete Kontrolle dieses wichtigen Wirtschaftsfeldes. Aus den genannten Gründen sind mir große Teile unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik zu kurzfristig ausgelegt. Sie wirken nicht nachhaltig und fördert vor allem diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind.

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB (SPD)

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.de

Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

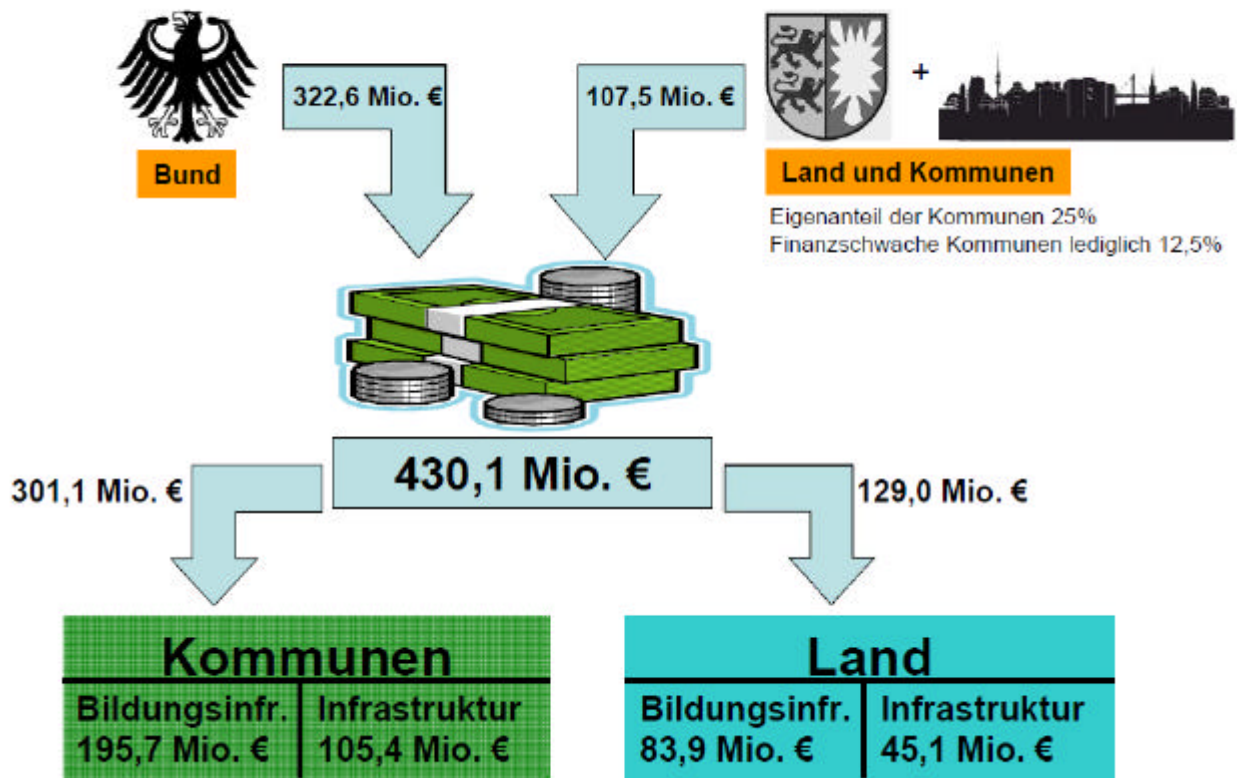
Nachsatz und letzte Ticker-Meldung zum Thema:

Die Staats- und Regierungschefs der größten EU-Wirtschaftsmächte haben sich auf eine gemeinsame Position für den Weltfinanzgipfel in London verständigt. In der Abschlusserklärung ihres Gipfeltreffens in Berlin sprachen sie sich am Sonntag für eine flächendeckende Überwachung der Finanzmärkte aus: «Wir haben daher heute nochmals unterstrichen, dass alle Finanzmärkte, -produkte und Marktteilnehmer lückenlos und unabhängig davon, wo sie ihren Sitz haben, einer angemessenen Aufsicht oder Regulierung unterstellt werden müssen», heißt es in der Erklärung.

Wodarg's Kommentar:

„Super, na endlich! – So habe ich es schon im Oktober gefordert und wir werden weiter aufpassen, damit es nicht bei Ankündigungen bleibt!“

Verteilung der Mittel auf Land und Kommunen in SH
Zukunftsprogramm für Bildung und Infrastruktur



Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB
 Platz der Republik
 11011 Berlin
 Im Internet: www.wodarg.de
 Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de

1. Mittel insgesamt

Herkunft und Verteilung der Mittel insgesamt			
		Verteilung der Mittel	
Quelle	Mittel insgesamt (in Tausend Euro)	Kommunen 70% (Mittel in Tausend Euro)	Land 30% (Mittel in Tausend Euro)
Bund	322.580,0	225.806,0	96.774,0
Land und Kommunen	107.526,7	75.268,7	32.258,0
insgesamt	430.106,7	301.074,7	129.032,0

2. Bildung (65 Prozent der Mittel)

Herkunft und Verteilung der Mittel - Schwerpunkt Bildung			
		Verteilung der Mittel	
Quelle	Mittel insgesamt (in Tausend Euro)	Kommunen 70% (Mittel in Tausend Euro)	Land 30% (Mittel in Tausend Euro)
Bund	209.677,0	146.773,9	62.903,1
Land und Kommunen	69.892,3	48.924,6	20.967,7
insgesamt	279.569,3	195.698,5	83.870,8

Verteilung des kommunalen Anteils für Bildung auf die Kreise

Verteilung des kommunalen Anteils für Bildung auf die Kreise - Teil 1								
Empfänger	SH	Schulen freier Träger	KI	HL	FL	NMS	SL	NF
Anteil in Prozent	100	2,42	8,31	7,96	3,85	4,03	6,06	6,16
Anteil in Tausend Euro	195.699	4.736	16.254	15.569	7.542	7.887	11.865	12.049

Herausgeber und Betreiber:

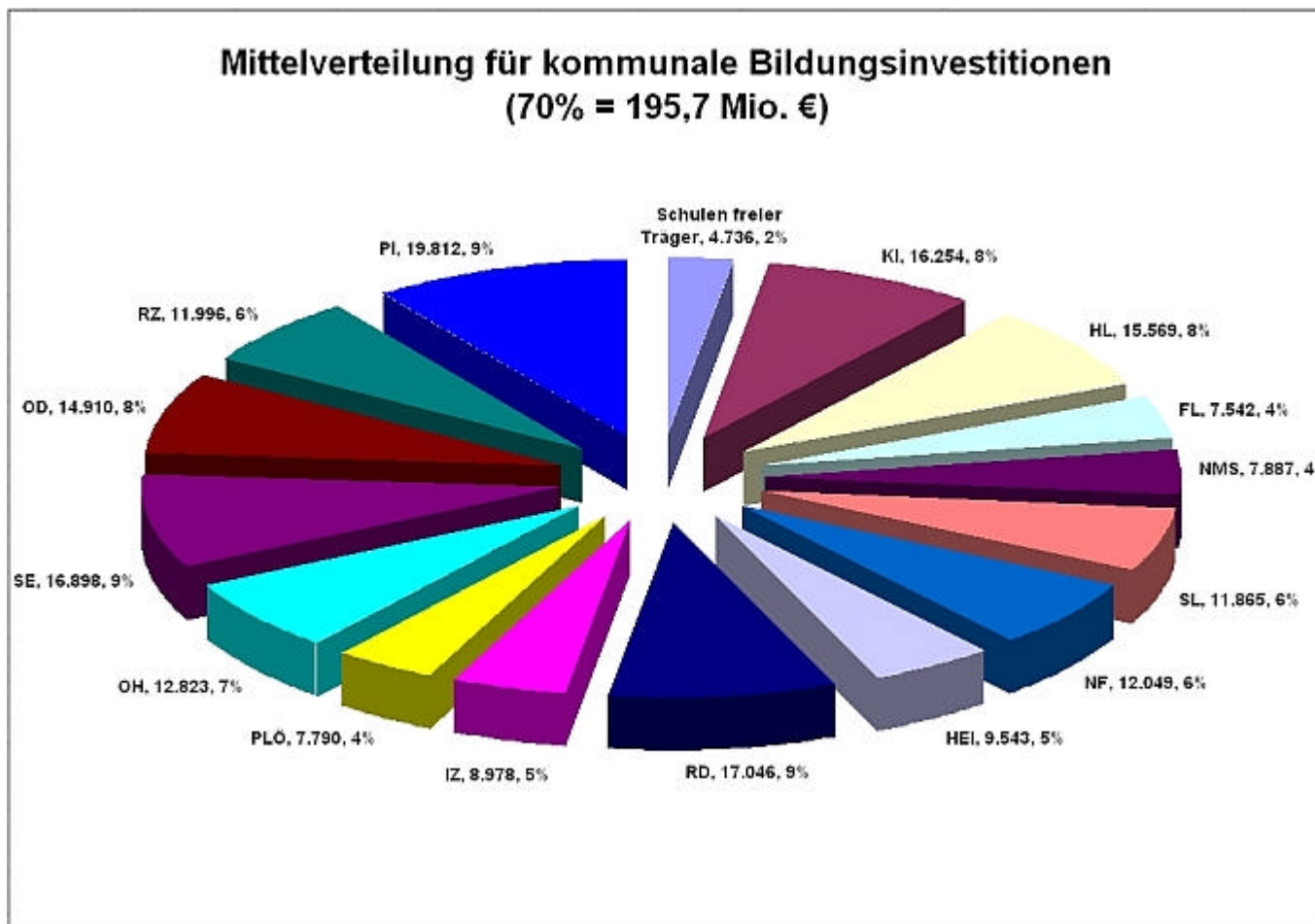
Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.de

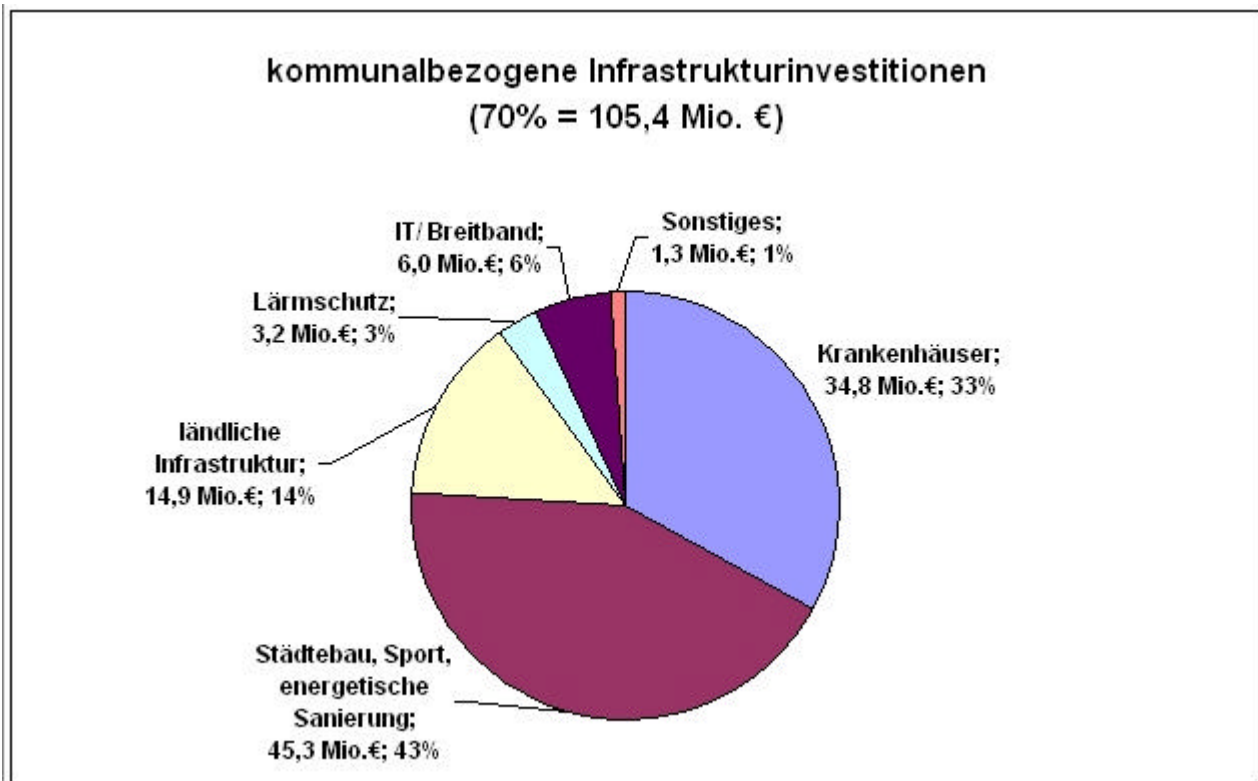
Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de



Mittelverteilung für kommunale Bildungsinvestitionen
Quelle: Landesregierung

3. Infrastruktur (35 Prozent der Mittel)

Herkunft und Verteilung der Mittel - Schwerpunkt Infrastruktur			
Quelle	Mittel insgesamt (in Tausend Euro)	Verteilung der Mittel	
		Kommunen 70% (Mittel in Tausend Euro)	Land 30% (Mittel in Tausend Euro)
Bund	112.903,0	79.032,1	33.870,9
Land und Kommunen	37.634,3	26.344,0	11.290,3
insgesamt	150.537,3	105.376,1	45.161,2



Mittelverteilung für kommunale Infrastruktur; Quelle: Landesregierung

Kommunalbezogene Infrastrukturinvestitionen (70 Prozent = 105,4 Millionen Euro)		
Verwendung	Summe in Millionen Euro	Prozent der Gesamtsumme
Krankenhäuser	34,8	33
Städtebau, Sport, energetische Sanierung	45,3	43
ländliche Infrastruktur	10,7	14
Lärmschutz	3,2	3
IT / Breitband	6,0	6
Sonstiges	1,3	1

Stand 10.02.2009

Herausgeber und Betreiber:

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB
Platz der Republik
11011 Berlin

Im Internet: www.wodarg.de

Per E-Mail: wolfgang.wodarg@bundestag.de